„Steuern ohne Stirnfalten“

Liebe Vereinsmitglieder, liebe Vorstände, liebe Kassiererinnen und Kassierer,

schön, dass Sie heute da sind!

Wenn wir ehrlich sind, gehört das Steuerrecht wahrscheinlich nicht zu den Gründen, warum man einem Gesangsverein beitritt.

Die meisten von Ihnen möchten singen, Gemeinschaft erleben, Konzerte organisieren oder die Musik fördern.

Niemand tritt einem Chor bei, weil er unbedingt einmal eine Umsatzsteuererklärung ausfüllen möchte.

Und trotzdem begegnet uns das Steuerrecht im Vereinsalltag immer wieder.

Der Verein verkauft Kuchen beim Konzert – schon stellt sich eine Steuerfrage.

Der Chorleiter bekommt Geld – nächste Frage.

Eine örtliche Bäckerei unterstützt den Verein – darf dafür eine Spendenbescheinigung ausgestellt werden?

Und dann kommt auch noch die E-Rechnung dazu.

Da kann man sich schon einmal fragen: „Ich wollte doch eigentlich nur einen Verein führen. Wie bin ich denn jetzt mitten im Steuerrecht gelandet?“

Keine Sorge, damit sind Sie nicht allein!

Heute möchte ich Ihnen zeigen, worauf es bei den wichtigsten Steuerthemen im Verein ankommt.

Wir werden keine Gesetzestexte auswendig lernen und auch keine trockene Vorlesung veranstalten.

Es geht vielmehr um praktische Fragen, typische Fehler und einfache Möglichkeiten, Probleme zu vermeiden.

Mein Ziel ist, dass Sie nach diesem Vortrag ein besseres Gefühl für die steuerlichen Aufgaben Ihres Vereins haben.

Sie sollen erkennen können, wann etwas unproblematisch ist und wann es sinnvoll ist, genauer hinzuschauen oder fachlichen Rat einzuholen.

Und ganz wichtig: Heute Abend wird niemand abgefragt. Sie dürfen also ganz entspannt zuhören – und natürlich jederzeit Fragen stellen.

Beginnen wir mit einem Thema, das für viele Gesangsvereine besonders interessant ist: dem Übungsleiterfreibetrag.

Teil 1 – Der Übungsleiterfreibetrag

Viele Vereine beschäftigen Chorleiter, Dirigenten oder Stimmbildner. Diese Menschen investieren Zeit, bereiten Proben vor, vermitteln musikalische Kenntnisse und sorgen dafür, dass aus einzelnen Stimmen ein gemeinsamer Klang wird.

Das kostet Arbeit – und häufig wird dafür eine Vergütung gezahlt.

Der Gesetzgeber möchte bestimmte nebenberufliche Tätigkeiten fördern, bei denen Menschen angeleitet, ausgebildet oder betreut werden.

Dafür gibt es den sogenannten Übungsleiterfreibetrag.

Ab dem Jahr 2026 können für begünstigte Tätigkeiten bis zu 3.300 Euro im Jahr steuerfrei bleiben.

Unter den entsprechenden Voraussetzungen ist die Vergütung auch sozialversicherungsfrei.

Wichtig ist dabei: Der Freibetrag gilt für die betreffende Person und das Kalenderjahr, nicht für jeden Verein einzeln.

Wer also für mehrere Vereine tätig ist, kann nicht bei jedem Verein erneut den vollen Freibetrag nutzen.

Für Gesangsvereine kommen insbesondere Chorleiter, Dirigenten, Stimmbildner oder Leiter eines Jugendchores in Betracht.

Entscheidend ist aber nicht allein die Bezeichnung der Tätigkeit. Es muss sich tatsächlich um eine begünstigte Tätigkeit handeln.

Außerdem gibt es einige Voraussetzungen.

Erstens muss die Tätigkeit nebenberuflich ausgeübt werden.

Sie darf also nicht den eigentlichen Hauptberuf darstellen.

Als grobe Orientierung wird häufig darauf geschaut, ob der zeitliche Umfang deutlich unter dem einer vergleichbaren Vollzeittätigkeit liegt.

Die konkrete Beurteilung hängt allerdings von den Umständen des Einzelfalls ab.

Zweitens muss die Tätigkeit für einen begünstigten Auftraggeber ausgeübt werden, zum Beispiel für einen gemeinnützigen Verein oder eine öffentliche Einrichtung.

Und drittens muss die Tätigkeit inhaltlich passen.

Es muss also beispielsweise um Ausbildung, Anleitung oder Betreuung gehen.

Schauen wir uns zwei Beispiele an.

1. Ein Chorleiter erhält monatlich 275 Euro.

   Auf das Jahr gerechnet sind das 3.300 Euro.

   Sind alle Voraussetzungen erfüllt und wird der Freibetrag nicht bereits anderweitig ausgeschöpft (z.B. Tätigkeit für mehrere Vereine), kann die Vergütung in dieser Höhe steuerfrei bleiben.

2. Eine Stimmbildnerin erhält dagegen 4.200 Euro im Jahr.

   Wenn die Voraussetzungen vorliegen und keine weiteren begünstigten Einnahmen zu berücksichtigen sind, können 3.300 Euro über den Freibetrag abgedeckt sein.

   Die übrigen 900 Euro sind grundsätzlich steuerlich zu beurteilen und nicht automatisch ebenfalls steuerfrei.

Ein häufiger Irrtum lautet: „Jede ehrenamtliche Tätigkeit fällt unter den Übungsleiterfreibetrag."

Das stimmt nicht.

Wer die Vereinskasse führt, Protokolle schreibt oder Veranstaltungen organisiert, übt nicht allein deshalb eine begünstigte Übungsleitertätigkeit aus.

Ein zweiter Irrtum ist, dass der Freibetrag bei jedem Verein neu zur Verfügung steht.

Auch das ist falsch. Es kommt auf die Person und die insgesamt zu berücksichtigenden Einnahmen an.

Mein Praxistipp lautet deshalb:

Halten Sie Vergütungen möglichst schriftlich fest.

Beschreiben Sie, welche Aufgaben übernommen werden, wie hoch die Vergütung ist und auf welcher Grundlage gezahlt wird.

Bewahren Sie auch die Zahlungsnachweise auf.

Das ist keine unnötige Bürokratie. Es hilft dem Verein, wenn später Fragen auftauchen.

Man könnte es auch so sagen:

Beim Übungsleiterfreibetrag trainieren wir nicht nur die Stimmen, sondern auch die Dokumentation.

Und damit kommen wir zur kleinen Schwester des Übungsleiterfreibetrags: der Ehrenamtspauschale.

Teil 2 – Die Ehrenamtspauschale

Nicht jeder Mensch im Verein steht vorne am Dirigentenpult.

Ein Verein funktioniert auch deshalb, weil viele Menschen im Hintergrund mithelfen.

Da werden Mitgliederlisten gepflegt, Noten sortiert, Getränke eingekauft, Veranstaltungen organisiert, Protokolle geschrieben und natürlich die Kasse geführt.

Ohne diese Arbeit würde der Vereinsbetrieb schnell ins Stocken geraten.

Für bestimmte nebenberufliche ehrenamtliche Tätigkeiten gibt es deshalb die Ehrenamtspauschale.

Ab dem Jahr 2026 können dafür bis zu 960 Euro im Jahr steuerfrei bleiben, wenn die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Typische Beispiele sind Tätigkeiten im Vorstand, die Arbeit als Kassierer oder Schriftführer und bestimmte organisatorische Aufgaben im Verein.

Auch hier gilt: Die konkrete Tätigkeit muss die Voraussetzungen erfüllen.

Worin liegt nun der Unterschied zum Übungsleiterfreibetrag?

Der Übungsleiterfreibetrag betrifft beispielsweise das Anleiten, Ausbilden oder Betreuen von Menschen.

Die Ehrenamtspauschale kommt dagegen bei bestimmten anderen ehrenamtlichen Tätigkeiten in Betracht, etwa in der Verwaltung oder Organisation.

Man kann sich das einfach merken:

Wer den Chor musikalisch anleitet, kommt möglicherweise für den Übungsleiterfreibetrag infrage.

Wer die Kasse führt, kann möglicherweise die Ehrenamtspauschale nutzen.

Können beide Freibeträge kombiniert werden? Ja, das kann möglich sein.

Voraussetzung ist aber, dass tatsächlich unterschiedliche Tätigkeiten vorliegen und die jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

Nehmen wir an, eine Person leitet den Chor und übernimmt zusätzlich die Kassenführung.

Dann muss klar unterschieden werden, welche Vergütung auf die Chorleitung und welche auf die Kassiertätigkeit entfällt.

Das sollte nachvollziehbar vereinbart und dokumentiert werden.

Man sollte also nicht einfach eine Zahlung in zwei Teile aufteilen und hoffen, dass das Finanzamt schon nicht genauer hinsieht.

Noch ein wichtiger Punkt:

Auch das Vereinsrecht spielt eine Rolle.

Wenn Mitglieder des Vorstands oder andere Vereinsmitglieder Vergütungen erhalten sollen, muss geprüft werden, ob die Satzung beziehungsweise die einschlägigen Vereinsregelungen das zulassen.

Denn die Bezeichnung „Ehrenamt“ bedeutet nicht automatisch, dass jede beliebige Vergütung gezahlt werden darf.

Mein Rat lautet deshalb:

Schauen Sie in die Satzung, regeln Sie Vergütungen ordentlich und dokumentieren Sie, welche Tätigkeit bezahlt wird.

Dann ist die Grundlage für die steuerliche Behandlung deutlich besser.

Damit haben wir geklärt, wie bestimmte Tätigkeiten im Verein vergütet werden können.

Jetzt geht es um eine andere wichtige Einnahmequelle: die Spenden.

Teil 3 – Spenden und Zuwendungen

Viele Gesangsvereine wären ohne Spenden kaum in der Lage, ihre Arbeit in vollem Umfang zu leisten.

Neue Noten, Konzertkleidung, Technik, Raummieten und die Jugendarbeit kosten Geld.

Deshalb ist es natürlich schön, wenn Menschen oder Unternehmen den Verein unterstützen.

Steuerlich müssen wir aber genau unterscheiden:

Nicht jede Zahlung und nicht jede Sachzuwendung ist automatisch eine Spende.

Was ist eine Spende?

Vereinfacht gesagt, handelt es sich um eine freiwillige Zuwendung, die ohne Gegenleistung zur Förderung eines steuerbegünstigten Zwecks geleistet wird.

Wenn jemand dem Verein 100 Euro gibt, weil er die musikalische Arbeit unterstützen möchte, kann das eine Spende sein.

Anders sieht es aus, wenn die Zahlung mit einer Gegenleistung verbunden ist.

Stellen wir uns vor, eine örtliche Firma überweist dem Verein 300 Euro. Dafür soll ihr Logo gut sichtbar im Konzertprogramm erscheinen.

Dann steht der Zahlung eine Werbeleistung gegenüber. Das spricht grundsätzlich für Sponsoring und nicht für eine klassische Spende.

Oder ein Besucher kauft eine Eintrittskarte für das Jahreskonzert. Auch das ist keine Spende, denn er bezahlt für den Besuch der Veranstaltung.

Dasselbe gilt für den Verkauf von Kaffee, Kuchen oder Getränken. Hier erhält der Käufer etwas für sein Geld.

Man kann sich das mit einem kleinen Merksatz merken:

Wo eine Gegenleistung vereinbart ist, müssen wir genau hinschauen, ob es sich überhaupt noch um eine Spende handelt.

Warum ist das so wichtig? Weil der Verein nicht einfach für jede Zahlung eine Spendenbescheinigung ausstellen darf.

Eine solche Bescheinigung darf nur ausgestellt werden, wenn die Voraussetzungen dafür erfüllt sind.

Dazu gehört insbesondere, dass der Verein entsprechend steuerbegünstigt ist, tatsächlich eine abzugsfähige Zuwendung vorliegt und die vorgeschriebenen amtlichen Muster verwendet werden.

Eine falsch ausgestellte Spendenbescheinigung kann für den Verein unangenehme Folgen haben.

Deshalb sollte man hier nicht großzügig nach dem Motto verfahren: „Das wird schon passen."

Ein weiterer Punkt sind Sachspenden.

Vielleicht spendet jemand dem Verein einen Computer, Notenmappen oder Möbel.

Auch das kann eine Spende sein. Allerdings muss die Zuwendung richtig bewertet werden, und es müssen geeignete Nachweise vorliegen.

Je nachdem, ob die Sache aus dem Privatvermögen oder einem Unternehmen stammt, können unterschiedliche Bewertungsfragen entstehen.

Besonders interessant ist die sogenannte Aufwandsspende.

Nehmen wir an, der Chorleiter hat einen wirksamen Anspruch auf eine Vergütung.

Er verzichtet anschließend freiwillig darauf und möchte stattdessen eine Spendenbescheinigung erhalten.

Das kann unter bestimmten Voraussetzungen funktionieren. Entscheidend ist unter anderem, dass der Vergütungsanspruch tatsächlich besteht, der Verzicht freiwillig erfolgt und die erforderlichen Nachweise vorliegen.

Ein bloßes Versprechen, später auf Geld zu verzichten, reicht nicht ohne Weiteres aus.

Auch hier gilt also: erst sauber vereinbaren und dokumentieren, dann steuerlich einordnen.

Lassen Sie uns zum Abschluss dieses Themas drei Situationen vergleichen.

Jemand sagt: „Hier sind 100 Euro für die Jugendarbeit.“ Das kann eine Spende sein.

Ein Unternehmen sagt: „Hier sind 100 Euro, dafür möchten wir unser Logo auf dem Banner sehen.“ Das spricht für Sponsoring.

Und jemand zahlt Geld und bekommt dafür zwei Getränkemarken. Dann liegt keine klassische Spende vor, sondern eine Zahlung mit Gegenleistung.

Die entscheidende Frage lautet immer: Gibt es eine Gegenleistung – oder wird der Verein tatsächlich ohne Gegenleistung unterstützt?

Damit sind wir bei der nächsten Frage:

Was muss ein Verein eigentlich steuerlich erklären, und warum interessiert sich das Finanzamt überhaupt für unsere Vereinsunterlagen?

Teil 4 – Die Steuererklärung für Vereine

Beim Wort „Steuererklärung“ bekommen manche Vorstände und Kassierer schon ein wenig Schnappatmung.

Dabei ist die Sache nicht ganz so schlimm, wie sie zunächst klingt.

Viele gemeinnützige Vereine zahlen tatsächlich wenig oder gar keine Steuern.

Das bedeutet aber nicht, dass sie sich überhaupt nicht um steuerliche Pflichten kümmern müssen.

Auch ein gemeinnütziger Verein muss seine Einnahmen und Ausgaben nachvollziehbar dokumentieren und dem Finanzamt die erforderlichen Angaben machen.

Das Finanzamt muss schließlich prüfen können, ob die Voraussetzungen für die Gemeinnützigkeit weiterhin erfüllt sind und ob Einnahmen richtig behandelt werden.

Um das zu verstehen, hilft es, die vier Bereiche eines Vereins zu kennen.

Der erste Bereich ist der ideelle Bereich. Dazu gehören beispielsweise die Mitgliedsbeiträge und echte Spenden.

Hier geht es um die eigentliche Vereinsarbeit und die Verwirklichung des Vereinszwecks.

Der zweite Bereich ist die Vermögensverwaltung. Hierzu können beispielsweise Zinsen oder Einnahmen aus der Vermietung von Vermögen gehören.

Die steuerliche Einordnung hängt von der konkreten Tätigkeit ab.

Der dritte Bereich ist der Zweckbetrieb. Dabei handelt es sich um wirtschaftliche Tätigkeiten, die unter den gesetzlichen Voraussetzungen unmittelbar der Verwirklichung des gemeinnützigen Satzungszwecks dienen.

Bestimmte musikalische Veranstaltungen können darunterfallen.

Aber nicht jedes Konzert und nicht jede Veranstaltung ist automatisch ein Zweckbetrieb.

Es kommt auf die jeweiligen Voraussetzungen an.

Der vierte Bereich ist der wirtschaftliche Geschäftsbetrieb. Dazu können beispielsweise der Verkauf von Speisen und Getränken, bestimmte Werbeleistungen oder andere wirtschaftliche Aktivitäten gehören.

Warum ist diese Einteilung wichtig?

Weil für die verschiedenen Bereiche unterschiedliche steuerliche Regeln gelten können.

Was im ideellen Bereich unproblematisch ist, kann bei einer wirtschaftlichen Tätigkeit anders zu beurteilen sein.

Mitgliedsbeiträge, echte Spenden und bestimmte Zuschüsse sind typische Einnahmen des ideellen Bereichs.

Werbung, der Verkauf von Getränken oder der Betrieb eines Verkaufsstands müssen dagegen genauer eingeordnet werden.

Das bedeutet nicht, dass jede Einnahme aus einem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb automatisch zu einer Steuerzahlung führt. Es kommt unter anderem auf die Art der Tätigkeit, die Höhe der Einnahmen und die gesetzlichen Voraussetzungen an.

Schauen wir uns die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer an.

Viele gemeinnützige Vereine zahlen darauf keine oder nur unter bestimmten Umständen Steuern.

Gewinne wirtsch. Geschäftsbetrieb bleiben bis € 50.000.- steuerfrei!

Bei wirtschaftlichen Tätigkeiten kann jedoch eine Steuerpflicht entstehen.

Die Gemeinnützigkeit bedeutet also nicht, dass sämtliche Einnahmen des Vereins automatisch steuerfrei sind.

Auch die Umsatzsteuer sollten wir nicht vergessen.

Gemeinnützige Vereine können umsatzsteuerlich Unternehmer sein.

Ob Umsatzsteuer anfällt, hängt von der konkreten Tätigkeit und den gesetzlichen Regelungen ab.

Für kleinere Vereine kann die Kleinunternehmerregelung interessant sein.
€ 25.000,- netto !

Wer sie anwendet, weist grundsätzlich keine Umsatzsteuer auf den davon erfassten Rechnungen aus.

Im Gegenzug besteht grundsätzlich kein Vorsteuerabzug aus den entsprechenden Eingangsleistungen.

Hier ist es wichtig, genau zu prüfen, ob die Voraussetzungen der Kleinunternehmerregelung tatsächlich erfüllt sind. Allein die Tatsache, dass ein Verein bisher keine Umsatzsteuer ausgewiesen hat, beantwortet diese Frage noch nicht.

Neben der richtigen steuerlichen Einordnung ist die Aufbewahrung der Unterlagen entscheidend.

Bewahren Sie Rechnungen, Verträge, Kassenberichte, Spendenunterlagen und Kontoauszüge geordnet auf.

Welche Aufbewahrungsfrist gilt, hängt von der jeweiligen Unterlage und den einschlägigen gesetzlichen Vorschriften ab.

Für viele steuerlich relevante Unterlagen gelten Fristen von acht oder zehn Jahren; es gibt aber auch abweichende Fristen.

Wichtig ist außerdem, dass die Unterlagen nicht nur vorhanden sind, sondern später auch wiedergefunden werden können.

Der Satz „Das müsste irgendwo im Vereinsheim liegen“ ist bei einer Nachfrage des Finanzamts keine besonders überzeugende Antwort.

Sinnvoll sind deshalb eine geordnete Buchhaltung, klare Zuständigkeiten, eine nachvollziehbare Kassenführung und eine vollständige Belegablage.

Wer sich frühzeitig um diese Dinge kümmert, erspart sich später viel Sucherei und unnötige Diskussionen.